

## **NEOS-Widerstand gegen Regierungsplan: Messenger- Überwachung in der Kritik!**

Die NEOS lehnen die geplante Messenger-Überwachung ab. Kritik kommt auch von Amnesty International und ISPA.  
Welche Bedenken gibt es?



**Österreich** - Die geplante Messenger-Überwachung der österreichischen Regierung steht weiterhin im Fokus der politischen Auseinandersetzungen. Trotz einem anhaltenden Widerstand der NEOS wird der Gesetzesentwurf, der eine umfassende Überwachung verschlüsselter Kommunikation ermöglichen soll, derzeit vorangetrieben. NEOS-Abgeordneter Nikolaus Scherak zeigt sich am letzten Tag der Begutachtung skeptisch und äußert, dass die Maßnahme nicht mit dem Regierungsprogramm übereinstimmt, welches verfassungskonforme Lösungen fordert. Er verweist auf die Bedenken, die nicht nur von seiner Partei, sondern auch von

Organisationen wie Amnesty International und epicenter.works geäußert werden.

Amnesty International hat eindringlich darauf hingewiesen, dass der Einsatz der vorgeschlagenen Technologie, die als hochinvasive Spyware bezeichnet wird, nicht menschenrechtskonform erfolgt werden kann. Laut Charlotte Deiss von Amnesty ist es ausgeschlossen, die Software in einer Weise zu nutzen, die den Menschenrechten Rechnung trägt. Die Organisation vergleicht die geplante Überwachung mit einem heimlichen Eindringen in die Privatsphäre der Bürger. Die Fähigkeit der Software, ungehinderten Zugang zu Geräten, Mikrofonen und Kameras zu gewähren, wirft grundlegende Fragen bezüglich des Rechts auf Privatsphäre auf.

## **Bedenken und technische Herausforderungen**

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Sicherheitsbehörden in bestimmten Fällen auf Messenger-Daten zugreifen können, wenn es um terroristische oder verfassungsgefährdende Aktivitäten geht. Die Befugnis zur Überwachung soll maximal drei Monate betragen, mit der Option zur Verlängerung. Nach einer Maßnahme müssen die Betroffenen informiert werden. Doch Amnesty International und ISPA, der Dachverband der Internetwirtschaft, äußern Bedenken hinsichtlich der Sicherheitstechnik und der rechtlichen Tragfähigkeit. ISPA-Generalsekretär Stefan Ebenberger betont, dass die Anforderungen an die Software kaum umsetzbar sind, da es keine bekannte Überwachungssoftware gibt, die solche Vorgaben garantieren kann.

Zusätzlich wird kritisiert, dass die Kontrolle über die eingesetzte Technologie unzureichend sei. Die unabhängige Überprüfung der Software wird als notwendig erachtet, da die Quellcodes nicht offengelegt werden und unklar bleibt, ob die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden können. In diesem Zusammenhang warnt Amnesty International vor möglichen

Sicherheitslücken, die nicht nur durch die Überwachung, sondern auch von Kriminellen ausgenutzt werden könnten.

## Politischer Kontext und Ausblick

Medienberichte legen nahe, dass die Überwachung von Messengern Teil einer Koalitionsbedingung der ÖVP ist. Dennoch bleiben die Zweifel an der Verfassungskonformität des Vorhabens bestehen, wie auch die vier gescheiterten Regelungsversuche in der Vergangenheit verdeutlichen. Amnesty und andere Organisationen betonen, dass ein effektiver Einsatz von Ermittlungsinstrumenten vorhanden sein müsse, aber ohne die Risiken, die hochinvasive Software mit sich bringt.

ISPA erkennt zwar Verbesserungen im aktuellen Gesetzesentwurf im Vergleich zu vorherigen Versionen an, fordert aber weiterhin, dass die Überwachung nur in besonders schwerwiegenden Fällen Anwendung finden sollte. Auch die Probleme der Vorratsdatenspeicherung stehen im Raum, und die Bedenken hinsichtlich des Missbrauchs der Überwachungssoftware sind nicht unbegründet. Beispiele aus anderen Ländern, wie Polen und Ungarn, zeigen auf, wie solche Technologien gegen politische Opposition und Journalisten eingesetzt werden könnten.

Das Innenministerium verteidigt den Entwurf mit Verweis auf positive Stellungnahmen von Juristen, die die Notwendigkeit betonen, das Recht auf Sicherheit in einer demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten. In der Debatte um die Messenger-Überwachung bleibt klar, dass die Balance zwischen Sicherheit und den Grundrechten der Bürger ein zentrales Thema für die Zukunft darstellt.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung

Details	
<b>Ort</b>	Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.oe24.at">www.oe24.at</a></li><li>• <a href="http://www.amnesty.at">www.amnesty.at</a></li><li>• <a href="http://www.ots.at">www.ots.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**